
Österreichische Schule

Rezension von: Hansjörg Klausinger (Hrsg.), Machlup, Morgenstern, Haberler, Hayek und andere. Wirtschaftspublizistische Beiträge in kritischer Zeit (1931-1934), Metropolis, Marburg 2005, 387 Seiten, € 29,80; Carsten Pallas, Ludwig von Mises als Pionier der modernen Geld- und Konjunkturtheorie, Metropolis, Marburg 2004, 346 Seiten, € 36,80.

Das erstgenannte Buch enthält eine weitgehend vollständige Sammlung von Aufsätzen, mit denen die Autoren als Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie sich das Ziel gesetzt haben, ihre Erkenntnisse und Einsichten über die wirtschaftliche Lage Österreichs und die internationalen Wirtschaft, wie sie sich vom September 1931 bis August 1934 präsentierte, in einer möglichst untechnischen Sprache einem breiteren, ökonomisch interessierten Publikum näher zu bringen und mit entsprechenden Handlungsanleitungen für bzw. mit Kritik an der Wirtschaftspolitik zu verbinden.

Der erste Teil dieser Aufsätze aus dem „Neuen Wiener Tagblatt“ stammt von insgesamt sieben AutorInnen (außer den im Titel genannten noch Martha Stephanie Braun, Erich Schiff und Richard Strigl, möglicherweise auch noch weitere, da nicht in allen Fällen die Autorschaft ermittelt werden konnte) und unterlag keiner so engen Beschränkung des Umfangs wie die zweite Serie von 113 kurzen Glossen, die Fritz Machlup unter dem Titel „Zwei Minuten Volkswirtschaft“ ebenfalls für das Neue Wiener Tagblatt verfasst hat. Ideologisch ist diese konzertierte Initiative, die sich der Förderung aus Kreisen des Industrie- und Handelska-

pitals erfreuen durfte, als Kampagne zu sehen, mit der wirtschaftsliberalen Ansichten ein stärkerer Einfluss auf die Wirtschaftspolitik verschafft werden sollte.

Wohl nicht zufällig setzt die erste Serie von „Beiträgen zur wirtschaftspolitischen Vernunft“ mit einem Artikel Oskar Morgensterns vom 22. September 1931 ein, in dem er die am Tag zuvor erfolgte Aufgabe der Goldparität des englischen Pfundes kommentierte. Damit war eine wichtige Bastion der absoluten Verteidiger des Goldstandards gefallen, und es war zu befürchten, dass das Vorgehen der britischen Notenbank über kurz oder lang für andere Länder Beispiel gebend würde. Als Folge der Abwertung erwartete Morgenstern nicht nur „Inflation“ im tautologischen Sinn einer Ausweitung des Geldumlaufs, sondern auch eine Steigerung des Preisniveaus in England. England habe sich damit „zum Schrittmacher von Ideen (gemacht), die gerade auf dem Kontinent weitverbreitet sind, trotzdem bei uns die Erfahrungen der Inflation noch in lebhafter Erinnerung sein sollten.“ (S. 39) Hinter zweifelhaften kurzfristigen Belebungswirkungen sah Morgenstern schwerwiegende Gefahrenmomente, die er mit dem Hinweis auf „nackte Inflation“ bezeichnete, welche hinter den Schlagwörtern „Ankurbelung“ und „Hebung der Kaufkraft“ stünde. Gleichzeitig bedauerte Morgenstern die Voreingenommenheit der öffentlichen Meinung Englands gegen eine Deflationspolitik, der nach Morgensterns Ansicht der Vorzug bei der Suche nach einem Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu geben wäre.

Damit ist das zentrale Thema der in dem Band versammelten Beiträge bezeichnet. Auch in Österreich verschärfte sich für die Wirtschaftspolitik

nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt im Mai 1931 der Druck, zwischen „Inflation“ und „Deflation“ eine Entscheidung zu treffen. Als Folge des sinkenden Vertrauens in das Bankensystem, insbesondere was die Sicherheit der Spareinlagen betraf bzw. in die Währung überhaupt, war es zu einem erheblichen Anstieg der Geldmenge und zu einem raschen Rückgang der Devisenreserven der Oesterreichischen Nationalbank gekommen. Die Bemühungen um eine zweite Völkerbundanleihe zur Wiederaufstockung der Währungsreserven kamen jedoch lange Zeit nicht voran, sodass sich die Nationalbank zur Einführung von Kontrollen im Auslandszahlungsverkehr genötigt sah. In der Folge kam es zu einem gespaltenen Devisenmarkt, in dem für einen Teil der Transaktionen der offizielle Wechselkurs galt, für einen Teil des Außenhandels aber ein Privatclearing zugelassen wurde, in dem sich ein zweiter Wechselkurs mit einem 20- bis 25-prozentigen Disagio des Schillings ergab.

Jedenfalls als unakzeptabel wurden von den Autoren die Devisenkontrollen angesehen. Im Dilemma waren sie jedoch bei der Frage, wie dieser Zustand beseitigt werden könnte. Strigl drückte sicherlich die Schulmeinung aus, zu der die „Österreicher“ aus rein theoretischen Erwägungen gelangen mussten: „Will man die Währung wieder auf die alte Parität bringen, so muss durch eine ganz energische Restringierung des Notenumlaufs ein Druck auf das Preisniveau ausgeübt werden. Das wäre jene Politik, welche die ehrlichere und schon darum die bessere wäre.“ (S. 111, 29. Mai 1932) „Restringierung des Notenumlaufs“ hätte aber auch die Zulassung des Konkurses der Creditanstalt mit eingeschlossen, und davor scheinen die Autoren zurückge-

schreckt zu haben. Daher waren sie in dieser Frage letztlich pragmatischer, als es der doktrinen Engstirnigkeit der Theorie entsprochen hätte. Sie waren bereit, die von Locke aufgestellte Maxime, dass am „Standard (des) Geldes, wenn er einmal bestimmt ist, unverletzt und unveränderlich in alle Ewigkeit festgehalten werde“ (zitiert von Morgenstern, S. 41f, 4. Oktober 1931), über Bord zu werfen und zur Wiederherstellung eines freien Zahlungsverkehrs mit dem Ausland eine Abwertung des Schilling gegenüber dem Gold etwa im Verhältnis des auf dem Markt gebildeten Agios hinzunehmen und eine freie Wechselkursbildung zuzulassen.

Gleichzeitig aber sollte diese Abwertung möglichst gering ausfallen: „Die Art der Freigabe des Kurses lässt noch verschiedene Möglichkeiten offen, von denen sich eine streng durchzuhalten- de gleichzeitige Deflation am empfehlenswertesten darstellen dürfte.“ (S. 150, Morgenstern in einem Kommentar vom 10. September 1932) Ganz offen wurde ausgesprochen, dass für eine Bewältigung der Krise, die primär als Produkt der „Inflation“ (im Sinne von Ausweitung des Geldumlaufs, die als Ursache des Börsenkrachs im Oktober 1929 in den USA identifiziert wurde, ungeachtet der Tatsache, dass das Preisniveau viele Jahre lang davor eine fallende Tendenz hatte) gesehen wurde, zunächst eine weitere erhebliche Verschärfung dieser Krise in Kauf genommen werden müsste, bevor auf lange Frist ein Gleichgewichtszustand der Wirtschaft wiederhergestellt werden könnte.

Maßnahmen zur Belebung der Endnachfrage („Ankurbelung“), sei es des Konsums oder der Investitionen, lehnte die Österreichische Schule ab, mit dem Verweis auf weder empirisch

noch analytisch nachvollziehbare Vorgänge in einer unsichtbaren, weil im intermediären Bereich vor dem Endverbrauch angesiedelten Sphäre. Belebungsmaßnahmen wurden gleichsam a priori als Störung eines weitgehend mysteriösen Gleichgewichts gesehen. Demgegenüber käme es darauf an, „dass der kontinuierliche Ablauf der Produktion nicht gestört werden darf, der aber nur dann gewährleistet erscheint, wenn der ‚Konsum‘ verhältnismäßig verteilt wird, sowohl auf den Verbrauch von Fertigsgütern als auch auf den die Produktion von Fertigsgütern sichernden Verbrauch von Produktionsmitteln in allen Stufen der Produktion. Diese Verteilung des Konsums darf aber niemals durch zusätzliche Produktions- oder Konsumkredite erfolgen, sondern muss durch *Sparen* geschehen“ (S. 114f, anonymer Artikel vom 11. Juni 1932).

Sehr präzise charakterisiert der Herausgeber Hansjörg Klausinger in seiner Einführung zu dem Band diese Haltung so: „... (D)iese Teleskopisierung der langen in die kurze Frist (führte) dazu, dass der Rat der österreichischen Ökonomen dort, wo er tatsächlich befolgt wurde, mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat ... Im Ergebnis produzierte dieser policy mix aus nachfrageseitiger Restriktion und angebotsseitiger Förderung von starren Preisen eine nachhaltige wirtschaftliche Katastrophe mit unabsehbaren Folgen. Zumindest für den mit monomanischer Obsession verfochtenen ‚Anti-Inflationismus‘ als den einen Teil der Rezeptur tragen die Austro-Liberalen eine Verantwortung, die einen Schatten auf ihr außergewöhnliches wissenschaftliches Wirken wirft“. (S. 31f) Auch legen ihre wiederholten Bemerkungen, dass eine konsequente Deflationspolitik an den politischen Realitäten,

spricht am politischen Einfluss und an der institutionalisierten Machtstellung der Gewerkschaften scheitern müsse, den Schluss nahe, dass die Austro-Liberalen einer „Form des Absolutismus“ (S. 127) durchaus etwas abgewinnen konnten, der diesen Widerstand brechen konnte.¹

Besonders hervorzuheben an der Publikation dieser Aufsatzsammlung ist die ausführliche und sorgfältige Kommentierung der Texte durch den Herausgeber, der sich der Mühe unterzogen hat, in zahllosen Fußnoten konkrete Bezüge der Artikel auf das laufende Geschehen zu erläutern und so die Texte verständlich und lesbar zu machen auch für jene Leser, die mit den historischen Hintergründen im Detail nicht vertraut sind.

Ebenfalls in der Reihe „Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie“ erschienen ist die Studie von Carsten Pallas über „Ludwig von Mises als Pionier der modernen Geld- und Konjunkturtheorie“. Über eine Darstellung und Evaluierung der Geld- und Konjunkturtheorie hinausgehend, enthält das Buch längere Ausführungen zur Biographie von Mises sowie zum historischen Hintergrund seiner geldtheoretischen Beiträge und versucht resümierend auch zu einer Beurteilung des Einflusses auf die Geld- und Währungspolitik zu kommen. Weiters beschäftigt sich Pallas auch eingehend mit der Frage, inwieweit die ordnungspolitischen Positionen Mises' als strikter Anti-Interventionist und Anti-Sozialist mit seiner Geld- und Konjunkturtheorie in Zusammenhang stehen.

Mit seiner „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“ wollte Mises vor allem eine Geldtheorie aus den Grundsätzen der subjektiven Wertlehre der Österreichischen Schule entwickeln. Schon in der ersten Auflage

1912 nahm die aus der Geldtheorie abgeleitete Konjunkturtheorie breiten Raum ein. Von der Geldsphäre ausgehende Einflüsse auf den Wirtschaftsaufbau lassen das Geld als maßgeblichen Grund dafür erscheinen, dass es zu Instabilitäten bzw. Krisen in der Marktwirtschaft überhaupt kommen kann, die – und das ist eine nicht klar ausgesprochene Prämisse – von sich aus immer zu einem Gleichgewichtszustand tendiert.

War in der ersten Auflage die „künstliche“ Senkung der Kreditzinsen unter den „natürlichen Zins“ durch die Bankpolitik *eine* von mehreren Ursachen der Instabilität, so wird sie in der zweiten Auflage, die nach den Erfahrungen der Hyperinflation in Österreich und Deutschland 1924 erschien, mehr oder weniger zur alleinigen Ursache gemacht. Die Konjunkturtheorien Wicksells oder Schumpeters werden damit verworfen – wohl vor allem deshalb, weil sie der Marktwirtschaft eine inhärente Instabilität zuschreiben, was der aus a priori-Argumenten abgeleiteten Auffassung von Mises diametral widerspricht. Wie aus verschiedenen von Pallas zitierten Stellen hervorgeht, war Mises' ideologischer Anti-Interventionismus bereits in seiner Theorie des Geldes angelegt, und nicht erst das Resultat seiner Beschäftigung mit dem Sozialismus nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, aus der Mises' berühmtestes Buch „Die Gemeinwirtschaft“ entstand.

Die Frage nach der Organisation des Geld- und Währungssystems hat Mises sein ganzes Leben beschäftigt, wahrscheinlich ohne dass er zu einer ihn selbst befriedigenden Antwort gekommen wäre. Ausgehend von Carl Mengers Unterscheidung bei der Veränderung des Geldwertes in „inneren“ und „äußeren“ Geldwert,² kommt Mises

ähnlich wie Menger zur Erkenntnis, dass eine Konstanthaltung des inneren Geldwertes zwar wünschenswert, in der Realität aber unmöglich sei, und dass ein auf dem Goldstandard beruhendes Geld- und Währungssystem die beste Gewähr dafür biete, die vom Geldsystem ausgehenden Störungen des marktwirtschaftlichen Gleichgewichts so gering wie möglich zu halten. Denn nur eine auf Gold basierende Währung ist einigermaßen immun gegen geldpolitische Interventionen des Staates, der nicht nur in Kriegszeiten dazu neigt, zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben und/oder zur Belebung der Nachfrage „Umlaufsmittel“ (Geldsurrogate) in Verkehr zu bringen, die seiner Gestaltungsmacht unterliegen.

Wenn Mises in der Frage der konkreten Ausgestaltung des Geld- und Banksystems eines Landes im Laufe seines langen Lebens durchaus wechselnde Positionen bezogen hat, so ist dies nicht durch Skrupel bedingt, dass eine strikte Goldwährung ein hohes Risiko an sich hat, zu wenig flexibel oder gar deflationistisch zu sein. Wenn Mises als ansonsten ideologisch sehr fixierter Denker hier zumindest zeitweilig Konzessionen an die Realität nicht völlig abgeneigt war, so dürfte dies eher dem Umstand zuzuschreiben sein, dass er die damals modernen Techniken des Zahlungsverkehrs und der Finanzierung nicht völlig verhindern wollte (siehe Pallas S. 183ff). Schon 1912 betrachtete Mises die Institution der Zentralbank an sich mit Argwohn, und erst recht die Idee eines „Weltkartells der Umlaufmittelbanken“ (eine Vorahnung vom Internationalen Währungsfonds), bergen sie doch die Gefahr in sich, „über die individualistische Organisation der Produktion und Verteilung hinaus(zu)föhren zu neuen,

vielleicht kollektivistischen Organisationsformen der Sozialwirtschaft“ (zitiert auf S. 189). Hier findet sich – elf Jahre vor der Veröffentlichung der „Gemeinwirtschaft“ – die für die von Mises und Hayek geprägte Österreichische Schule charakteristische Obsession, dass jede Form der Intervention letztlich in „den Sozialismus“ münden muss. In den zwanziger Jahren plädierte Mises dafür, möglichst viele Goldmünzen zirkulieren zu lassen und dafür auch bewusst auf die Annehmlichkeiten der modernen Zahlungsformen zu verzichten.

Unbeeindruckt von der Entwicklung des internationalen Währungssystems nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrem allmählichen Abgehen vom Goldstandard³ trat Mises im hohen Alter gegen die exklusive Befugnis der Zentralbanken zur Notenausgabe ein und forderte stattdessen die „Bankfreiheit“, allerdings ohne die sichere Überzeugung, dass damit der Inflation definitiv ein Riegel vorgeschoben werden könnte.

Keynes, der als einziger englischer Ökonom Mises' „Wesen des Geldes“ 1914 rezensierte, lobte zwar die Belesenheit des Autors, kritisierte aber, dass das Buch wenig zu einem klaren und konstruktiven Verständnis der Materie beitrage (zitiert S. 16). Mises sah später in Keynes seinen Hauptgegner, nicht nur wegen dessen kritischer Haltung gegenüber dem Goldstandard, sondern hauptsächlich deswegen, weil Keynes die freie Marktwirtschaft als beste aller Welten in Frage stellte und mit seiner „General Theory“ dem Interventionismus die Tore öffnete. Vom Richtungswechsel des theoretischen und wirtschaftspolitischen *mainstream* seit 1970 erlebte Mises, der 1973 starb, nur noch die Anfänge.

Pallas geht abschließend der Frage nach, inwieweit Mises' theoretische

und politische Ansichten vom Geldwesen seither dadurch eine nachträgliche Bestätigung erhalten haben, dass (relative) Preisniveaustabilität und Zentralbankunabhängigkeit wieder zum weithin akzeptierten Bestandteil des wirtschaftspolitischen Denkens geworden sind. Seine Feststellung, dass „sich Mises als ein Ahnherr der in Chicago formulierten Gedanken einordnen“ lässt (S. 257), verkennt allerdings die eigentlichen Intentionen der ökonomischen Lehren des Ludwig Mises. Milton Friedmans Monetarismus und alles, was sich daraus entwickelt hat, baut auf der älteren Chicagoer Schule auf und ist wesentlich makroökonomischen Denkkategorien verpflichtet, wie z. B. den Konzepten eines allgemeinen Preisniveaus und den Aggregaten des Wirtschaftskreislaufs. Mises hat die Verwendung des Begriffes „Inflation“ für Steigerungen des allgemeinen Preisniveaus bzw. dessen Messbarkeit stets ebenso grundsätzlich bestritten wie das Denken in Kreislaukkategorien, ganz abgesehen von der Möglichkeit aktiver geldpolitischer Interventionen, für die Friedman unter bestimmten Umständen eintritt. Was Mises als geld- und wirtschaftspolitisches Idealbild vorschwebte, war eine viel radikalere Version des „Neoliberalismus“, wie sie heute von der vor allem in den USA vertretenen Schule der „Austrian economics“ propagiert wird.

Wirklich bedeutenden Einfluss auf die Politik hat die Österreichische Schule in der Version von Mises (und Hayek) weder in Österreich zwischen den Weltkriegen noch in den USA nach der anti-keynesianischen Wende erlangt. Andererseits ist ihre Bedeutung für die wirtschaftsliberale Ideologieproduktion nicht zu unterschätzen. Eine Auseinandersetzung mit ihren Thesen bleibt daher auf absehbare

Zeit eine theoretische und politische Notwendigkeit.

Günther Chaloupek

Anmerkungen

¹ Siehe dazu den Aufsatz von Hansjörg Klausinger, Von Mises zu Morgenstern. Der Austroliberalismus und der Ständestaat, in: Zeitgeschichte 32 (2005) 323-335.

² Ins seinem Artikel „Geld“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften hatte

Menger Veränderungen des „äußeren Tauscherts des Geldes“, die von der Seite der Waren ausgehen, von Veränderungen des „inneren“ Gelderts, die aus Veränderungen des Geldes entspringen, unterschieden.

³ Formal wurde der Goldstandard, der noch in einer hypothetischen wechselseitigen Goldeinlösungspflicht der Notenbanken untereinander bestand, durch die Sistierung dieser Einlösung seitens der USA 1973 beendet.